

[18.5.1946]

Braunschweig, Schließfach 399, Tel.: 2367

Sozialismus nur durch Demokratie
Bremer Senatoren treten zur SPD über

spd. Die beiden kommunistischen Senatoren von Bremen, Ehlers und Wolters, sind von der KPD zur SPD übergetreten.

In einer Erklärung sagen diese beiden Männer, die zu den bekanntesten kommunistischen Führern in der britischen Zone gehörten, dass sich an den Methoden, die in der früheren Zeit in der KP üblich waren, nichts geändert habe, "wichtige politische Entscheidungen werden nicht diskutiert, sondern von oben wird eine fertige Meinung dekretiert". Sie stellen fest, dass die Demokratie in der KPD mit Füßen getreten werde und dass selbständig denkende Kommunisten ein Redeverbot bekämen, wenn sie versuchten, innerhalb ihrer Partei für eine Politik einzutreten, die nach ihrer Überzeugung den Interessen der Arbeiterschaft entsprechen würde.

Die beiden Senatoren führen in ihrer Erklärung diese Methoden der KPD auf die aussenpolitische Abhängigkeit der Partei zurück. "Die KPD führt eine Politik der mechanischen Übertragung politischer Direktiven, die unvereinbar sind mit den Grundsätzen einer selbständigen sozialistischen Politik". Unter keinen Umständen dürfe eine sozialistische Politik in Deutschland fremden Einflüssen unterliegen und niemals dürfe eine sozialistische Partei das Instrument der Aussenpolitik eines anderen Landes sein. Die Politik darf, so heisst es in der Erklärung, "nicht in einseitiger Weise nur für die wirtschaftliche, politische und nationale Einheit in den westlichen Gebieten eintreten und vor den gleichen Fragen der östlichen Zone stumm resignieren. Man kann auch nicht einer Demontage der lebensnotwendigsten Betriebe im Osten seine weitestgehende Unterstützung leihen und im Westen eine gegenläufige Politik betreiben".

Für eine Politik der internationalen Verständigung und der gegenseitigen Hilfe aller Sozialisten sei heute nur in den Reihen der SPD Platz. Die Erklärung schliesst mit der Aufforderung: "Aus allen diesen Gründen erklären wir unseren Austritt aus der KPD und fordern unsere Freunde auf, mit uns gemeinsam in die SPD einzutreten und diese Partei zu stärken für die sozialistischen Aufgaben der Gegenwart".

x

Der Schritt der beiden Bremer Senatoren, die sich bisher in der Kommunistischen Partei in Nordwestdeutschland einen besonderen Namen gemacht hatten, bedarf kaum eines Kommentars. Der Weg zum Sozialismus führt in Deutschland nur über die Demokratie. Es ist ein in der Politik nicht immer sorgfältig genug beachteter Grundsatz, dass nämlich jeder nach seiner Façon selig werden müsse. Es schiebt sich nicht eines für alle. Die wirtschaftlichen, kulturellen und nicht zuletzt die psychologischen Voraussetzungen für die politische Tätigkeit und Praxis sind in Deutschland anders als in anderen Ländern. Wenn die Kommunistische

Partei Deutschlands glaubt, dass sie mit Methoden, die sich anderswo bewährten, auch in Deutschland zu gleichen Erfolgen gelangen könnte, so irrt sie. Wenn sie nicht glaubt, dass die deutschen Sozialisten in der Befreiung ihrer Klasse zugleich auch eine Befreiung ihrer Persönlichkeit erstreben, so irrt sie ebenfalls. Man kann nicht ungestraft die Methoden der letzten 12 Jahre fortsetzen und eine Handlungsweise als Demokratie bezeichnen, die nichts anderes ist als Terror. Was sich nicht in Freiheit bildet, ist unecht und hat keinen bleibenden Wert. Die Entscheidung der beiden Bremer Senatoren ist in diesem Sinne ein Signal.

Kohlen - Moratorium

In den grundsätzlichen Untersuchungen, die der Leiter des Zentralamtes für die Wirtschaft in der britischen Zone, Dr. Agartz, in seinem Vortrag über "Sozialistische Wirtschaftspolitik" auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei am 9. Mai 1946 in Hannover anstellte, hat er u.a. den Vorschlag gemacht, in den Kohlenlieferungen Deutschlands an das Ausland eine Unterbrechung eintreten zu lassen, Deutschland also einen längeren Zeitraum zu gewähren, in dem die Kohle nicht an das Ausland sondern an die deutsche Wirtschaft gegeben werden könnte. Bisher ist von der Gesamtproduktion an Kohle etwa ein Viertel ausgeführt worden. Das Moratorium, das Agartz vorschlug, soll dazu dienen, der deutschen Wirtschaft die Möglichkeit zu schaffen, selbst wieder zu produzieren, also Fertigwaren herzustellen, die dann zur Ausfuhr bereit sein würden.

Der Gedanke, der jedem unvoreingenommenen Beobachter der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland besonders einleuchtend erscheint, ist nicht zuerst in Deutschland aufgetaucht, sondern im britischen "Observer". Aus Gründen der Vernunft ist dort vorgeschlagen worden, einer Reihe von Produktionszweigen in Deutschland die Voraussetzungen für die Herstellung von Waren zu bieten, die in der Weltwirtschaft, vor allem im zerstörten Europa, dringend gebraucht würden und deren Ausfuhr zugleich die deutsche Devisenkraft so erhöhen würde, dass sie ungleich stärker zur Bezahlung der Lebensmittel-Importe herangezogen werden könnte als dies bisher der Fall war. Die deutschen Ausfuhren sind gering. Der britische Steuerzahler hat bisher fast 100 Millionen Pfund Sterling aufbringen müssen, um die notwendigen Lieferungen nach Deutschland, die in die britische Zone gingen, bezahlen zu können, denn diese Lebensmittel müssen aus Amerika herangeholt werden.

Aber es gibt noch einen anderen Grund, aus dem ein Kohlen-Moratorium zweckmässig und notwendig erscheint. Wenn der deutsche Beitrag zum Wiederaufbau des zerstörten Europas dauerhaft und durchgreifend sein soll, dann kann er sich nicht auf die Lieferung des Massengutes Kohle beschränken, sondern muss, wie es der Bedarf in der Welt und wie die Leistung des deutschen Arbeiters es gebieten, mit der Qualität des Erzeugnisses geleistet werden.

Die deutsche Wirtschaft muss wieder eine sichere Grundlage haben, damit sie ihren Anteil an dem notwendigen Export und danach auch zur Befriedigung des inneren Bedarfs erfüllen kann. Es ist schon richtig, was die "Times" am 11. Mai schrieb: Je weniger Lebensmittel, desto

Die Moorsoldaten

Zu einem Buch von Wolfgang Langhoff

spd. In der Geschichte der deutschen Konzentrationslager, die noch zu schreiben ist, wird Wolfgang Langhoffs Bericht "Die Moorsoldaten" (erschienen im Zinnen-Verlag Kurt Desch, München) einmal einen wichtigen Baustein darstellen. Langhoff war Regisseur und Schauspieler bei Luise Dumont in Düsseldorf, als man ihn nach der Machtergreifung Hitlers ohne Angabe von Gründen verhaftete und später in die Konzentrationslager Börgermoor und Lichtenburg (Emsland) schickte. Die Grausamkeiten und Erniedrigungen, die er dort in der Moor-Ode an sich und an seinen Kameraden in dreizehn furchtbaren Monaten erfuhr, die planmässigen teuflischen Ausschreitungen der SS, die das Leben der "Moorsoldaten" zur Hölle machten, sind in diesem Erlebnisbericht niedergelegt, der zuerst 1934 in der Schweiz erschien, dann in fast alle Kultursprachen der Welt übersetzt wurde und heute zweifellos eines der bedeutsamsten Werke auf dem deutschen Büchermarkt ist.

Der tiefen Wirkung dieser erschütternden Lektüre wird sich kein normal Empfindender entziehen können. Nicht Hass gegen seine Peiniger hat Langhoff die Feder geführt, sondern das offenbare Bemühen, getreu der furchtbaren Wirklichkeit, menschlich überlegen und gerecht zu schildern. Von einem Menschen, der durch dieses Inferno verklärtes Resümée seiner Leidensgeschichte verlangen. So nimmt denn der Autor auch, um ein Wort Polgars anzuführen, "kein Feigenblatt vor den Mund". Die Arbeiter insbesondere, grösstenteils Funktionäre der beiden grossen Linksparteien, reden die herzhafteste, unverfälschte Sprache des Alltags. Wer unter ihnen als Mitgefänger mit Rang- und Klassenunterschieden kommen wollte, wäre bald einer hoffnungslosen Isolierung verfallen. Dies ist wohl das Ergreifendste des Buches, dass es in ungewöhnlich plastischen Kapiteln zeigt, wie unter dem oft unerträglichen Druck der Nazibüttel, von Kommandanten bis zum jüngsten Wachmann, die anfangs lockere und ungewisse Kameradschaft der Lagerinsassen zusammenwächst zu einer geheimen Front der Unterdrückten, die alles Minderwertige, Schwache und Unzuverlässige unerbittlich ausschliesst. So gross erscheint die seelische Gewalt dieser Konsolidierung, dass ihre Anziehungskraft selbst auf die Wachleute nicht ausbleibt und schliesslich mancher unter ihnen das Ungeheuerliche zu ahnen beginnt, zu dem man ihn gezwungen hat. Es wird klar unterschieden zwischen den netterischen Peinigern und jenen vereinzelt Anderen, die noch Anstand und menschliches Mitgefühl besaßen. Der politisch-dokumentarische Wert der "Moorsoldaten", unter denen wir Persönlichkeiten wie Fritz Ebert, Mierendorf und Lauschner begegnen, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Obwohl alles, was wir aus den jüngsten Prozessen, beispielsweise über die Zustände in den Lagern Börgermoor, Auschwitz, Buchenwald und Theresienstadt erfahren haben, das Martyrium jener ersten KZ-Insassen noch in den Schatten stellt, wird das Gewicht der Anklage Langhoffs dadurch nicht vermindert.

Ernstes Warnung in der "Times"

spd. In der "Times" vom 9. Mai wird eine Zuschrift an den Herausgeber veröffentlicht unter dem Titel "Die Zukunft Deutschlands. Ein wirtschaftliches Ganzes. Revision des Potsdamer Abkommens." Wegen der Bedeutung dieser Zuschrift hat die "Times" eine besonders gute Aufmachung gewählt. Verfasser ist R.R. Stokes, der zur Parlamentsdelegation gehörte, die kürzlich Deutschland bereiste. Der Anfang dieses Schreibens lautet wörtlich:

"Wenn Deutschland vor der Anarchie oder einem neuen totalitären Regime anderer Färbung bewahrt werden soll, erscheint es wesentlich, jetzt eine konstruktive Politik festzulegen, die für das deutsche Volk als Ganzes annehmbar erscheint. Gegenwärtig haben die Deutschen keine Hoffnung für die Zukunft und keine Vorstellung darüber, was mit ihnen geschehen soll." Zur Begründung dieses Schreibens heisst es dann wörtlich weiter: "Während in Potsdam niedergelegt wurde, dass "Deutschland als eine Wirtschaftseinheit behandelt werden soll", wurde diese Richtlinie in keiner Weise befolgt. Die Grundhaltung des Potsdamer Abkommens, die auf dem beunruhigenden Morgenthauplan der Reagrarisierung Deutschlands und der Aufrechterhaltung eines Lebensstandards basierte, der nicht höher liegen sollte als der Lebensstandarddurchschnitt aller übrigen europäischen Länder, muss jetzt ausgemerzt werden. Der Standard des östlichen Europas hängt ab von einem möglichst hohen Standard im Westen. Der Plan, die Industrieproduktionskapazität auf 55% derjenigen des Jahres 1938 festzulegen, wird selbst durch seine Verfasser sowohl als stupide als auch als undurchführbar bezeichnet. Es ist eine Tatsache, dass Mitteleuropa von dem grösstmöglichen Industrieausstoss abhängig ist, der in Deutschland wiederhergestellt und aufrechterhalten werden muss. Wenn Deutschland künstlich arm gehalten wird, wird es dem Rest Europas noch schlechter ergehen als jetzt."

Folgende sechs Punkte stellte der Verfasser des Briefes an die "Times" für die künftige Deutschland gegenüber zu verfolgende Politik auf:

1. Es muss den deutschen Arbeitern klargemacht werden, dass was immer die Russen zu tun beabsichtigen, auf jeden Fall die westlichen Alliierten Deutschlands wirtschaftlichen Wiederaufbau erstreben und Deutschland als eine Wirtschaftseinheit einschliesslich des Rhein-Ruhr-Gebietes zu betrachten wünschen.
2. Die Deutschen müssen in die Lage versetzt werden, ihre eigenen politischen Parteien unabhängig von den Zonengrenzen zu bilden. Um die katastrophale Entwicklung eines Einparteiensystems zu verhindern, gibt es als einziges Mittel allein die Errichtung einer wohlgegliederten Gewerkschaftsbewegung.
3. Die grösste Aufmerksamkeit muss dem Wiederaufbauplan von Arbeiterwohnungen gewidmet werden. Im Ruhrgebiet sind über eine Million Häuser vollständig zerstört. In Essen leben 20 000 Menschen unter unbeschreiblichen Bedingungen in Kollerlöchern. Wenn die Arbeiter arbeiten sollen, muss ihnen eine grössere Bequemlichkeit gegeben werden.
4. Gegenwärtig liegt der Kern des Problems in der Lebensmittelversorgung. Mit unzureichender Ernährung können die Menschen nicht arbeiten. Da die Nordwestzone auf die Versorgung auf Deutschland angewiesen war, von der die Russen jetzt nichts he überlassen haben die Alliierten die notwendigen Lebensmittel ohne Gegenleistung nach Westdeutschland zu schicken, bis die Industrieproduktion soweit angelaufen ist, dass durch einen Exportüberschuss Lebensmittelmengen auf nor-

malen Wege importiert werden können.

5. Eine scharfe alliierte Kontrolle müsste und könnte eine mögliche Wiederaufrüstung verhindern.

6. Wahlen sind so bald wie möglich abzuhalten, aber bevor sie abgehalten werden, müsste das deutsche Volk einen klaren Überblick über unsere Politik Deutschland gegenüber haben. Gegenwärtig haben wir überhaupt keine Politik.

Der Schluss des Briefes an die "Times" lautet: "Als ich kürzlich in Deutschland war, hatte ich Gelegenheit zu Gesprächen mit den Führern der SPD, der CDU, SED und den Führern der Bergarbeitergewerkschaften. Alle warteten sehnsüchtig auf eine wirkliche "englische Führung" und alle bedauerten, dass sie in vielen von den Nachrichten und den Geschmisseen der Welt abgeschnitten seien. Es müssten daher Schritte unternommen werden, den britischen Zeitungen in Deutschland ein grösseres Echo zu geben, um dadurch der falschen Propaganda der kommunistisch kontrollierten Zeitungen in Ostern, die das ganze Land überschweben, entgegenzuwirken. Solche Dinge müssen zwingend ins Werk gesetzt werden, aber die wichtigsten Massnahmen müssen auf dem Gebiet höherer Lebensmittelanteile liegen. Die Kinder an der Ruhr leiden offensichtlich an fortschreitender Unterernährung, und wenn Hilfe nicht schnell kommt, werden sie entweder sterben oder als Überlebende die Keinzellen eines wiederum fatalisierten und verbitterten Volkes werden".

Fortsetzung von Seite 2 - Kohlen-Moratorium

weniger Arbeit. Je weniger Arbeit, desto weniger Kohle. Je weniger Kohle, desto weniger Transporte und desto weniger Produktion. Je weniger Transporte und Produktion, desto weniger deutsche Exporte und desto geringer auch die deutsche Ernte. Je geringer die Exporte, je geringer die deutsche Ernte, desto grösser die Notwendigkeit von Importen nach Deutschland und desto grösser auch der Zwang zu britischen Aufwendungen für Deutschland".

Dieser Kreislauf ist so überzeugend, dass, würde die Politik sich nur von der Vernunft lenken lassen, und könnte das Ressentiment ganz ausgeschaltet werden, es keinen Zweifel mehr darüber geben würde, dass der kürzlich auch in der grossen Aussprache des britischen Unterhauses über Deutschland so scharf kritisierte Wirtschaftsplan entschieden revidiert wird. Das aber ist notwendig um des Lebens der europäischen Völker willen.

Das Lachen nicht vergessen!

Zur Zeit, als Deutschlands wahrhaft unvergesslicher "Führer" durch die Strassen Münchens fuhr, flogen zwei Spatzen hoch droben in der Luft. "Da unten fährt Adolf Hitler", zwitscherte der eine dem anderen zu. "Und in Antwort Du noch" war die Antwort.